

jörn möltgen

Bürgermeisterkandidat für
Havixbeck und Hohenholte

Wasserweg 193
48149 Münster

0152 532 11353
joern.moeltgen@gruene-havixbeck.de
www.joern-moeltgen.de

Bürgerinitiative Havixbeck
Bernd Golisch /BI-Sprecher
Von-Galen-Ring 37
48329 Havixbeck

10. Juni 2020

Beantwortung Ihrer Fragen

Liebe Bürgerinitiative,
sehr geehrter Herr Golisch,

ganz herzlich bedanke ich mich für die Möglichkeit der Beantwortung Ihrer Fragen. Diese habe ich wunschgemäß nicht mit parteipolitischen Standardfloskeln bearbeitet, sondern basierend auf meinen Erfahrungen nach langjährigem politischen Engagement in Münster und der Region.

Ich habe mir erlaubt, die erste und die fünfte Frage zur Abwasserkanalnetzübertragung und zur Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, in meiner Beantwortung zusammenzufassen, da hiermit eine grundsätzliche Haltung verbunden ist.

Zu den Fragen:

1. Wie sehen Sie die in Havixbeck angedachte Abwasserkanalnetzübertragung an den Lippeverband? (→ s. auch Frage 5)

Die Privatisierung oder Übertragung auf Dritte von kommunaler Infrastruktur ist grundsätzlich ein umstrittenes Thema. Egal ob Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Müllabfuhr oder Straßenbeleuchtung, es geht um kommunale Daseinsvorsorge. Mit der Privatisierung wird eine Kommerzialisierung verbunden. Dies schürt Ängste und Sorgen bei Bürgerinnen und Bürgern vor steigenden Gebühren. Schwierig wird es jedoch immer dann, wenn ein Sanierungsstau entstanden ist, der die Gemeinde vor große investive Herausforderungen stellt oder kurzfristige Einnahme für den Gemeindehaushalt zu erzielen sind.

Grundsätzlich sehe ich die Privatisierung kommunaler Infrastruktur kritisch und habe mich in der Vergangenheit, z.B. bei den Privatisierungsversuchen der Stadtwerke Münster, dagegen ausgesprochen, weil sie oft zu kurz gedacht sind. Viele Erfahrungen anderer Kommunen zeigen auch, dass dies nur in seltenen Fällen zu realen Kosteneinsparungen führt.

Sollte sich jedoch nachweislich herausstellen, dass eine Privatisierung auch langfristig nur Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt, würde ich das Thema im Rahmen einer Bürgerbefragung (s.u.) zur breiten Diskussion öffnen.

2. Werden Sie für Havixbeck ein Straßenbau-Unterhaltungskonzept und ein Straßenkataster erstellen lassen?

Ja, allerdings strebe ich hierfür ein umfassenderes Konzept an. Die Unterhaltung und Instandsetzung des gesamten Verkehrsnetzes, also nicht nur des Straßennetzes, sondern auch des Radwege- und Fußgängernetzes, ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Die jeweilige Zuständigkeit obliegt den Straßenbaulastträgern, für Havixbeck sind dies das Land NRW, der Kreis Coesfeld und die Gemeinde. Dazu kommen Eigentümerwege, für deren Unterhaltung jedoch die Eigentümer zuständig sind.

Eine moderne Verwaltung benötigt für die entsprechenden Aufgaben eine öffentlich verfügbare digitale Geodateninfrastruktur. Dies schließt das gesamte Verkehrsnetz ein, geht jedoch auch deutlich darüber hinaus und könnte beispielsweise auch den Aufbau eines Umweltkatasters beinhalten. Die Verfügbarkeit digitaler Geodaten kann die Erstellung eines Unterhaltungskonzeptes unterstützen und Ausgangspunkt für ein kommunales Beschwerdemanagement in der Verwaltung sein, bei dem Bürgerinnen und Bürger Defizite im Verkehrsnetz punktgenau melden können.

3. Werden Sie die verstärkte Schaffung von bezahlbaren Wohnungen fördern?

Ja, denn Havixbeck ist im Kreis Coesfeld die Gemeinde mit den höchsten Mietpreisen pro Quadratmeter. Wie insgesamt in der Stadtregion ist auch für Havixbeck davon auszugehen, dass immer mehr geförderter Wohnraum aus der Bindung entfällt und die Mietpreise weiter steigen werden. Wenn nicht gleichzeitig neuer geförderter Wohnraum geschaffen wird, stellt dies zunehmend ein Problem für einkommensschwache Haushalte dar. Dadurch können perspektivisch kritische Verdrängungseffekte entstehen.

Als Bürgermeister werde ich mich für die Erarbeitung eines Handlungskonzepts zum Thema Wohnen engagieren. Ein Schwerpunkt dieses Konzepts wird die bedarfsorientierte Ausweitung öffentlich geförderter Wohnraums sein.

Orientiert an dem münsteraner Modell zur sozialgerechten Bodennutzung, werde ich Ideen für ein entsprechendes Modell für Havixbeck mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren, welches sich an den örtlichen Gegebenheiten orientiert und den Bau öffentlich geförderter Wohnungen verstärken soll. Gleichzeitig sollen die privaten Grundstückseigentümer, auf deren Flächen Wohnbauentwicklungen stattfinden, durch entsprechende Bindungen an der Erreichung der für Havixbeck zu erarbeitenden wohnungs- und sozialpolitischen Ziele beteiligt werden. Dies kann sich jedoch nur auf Wohnbaulandentwicklungen beziehen, für die

durch die Gemeinde Planungsrecht zu schaffen hat. Für das geplante Baugebiet in Masbeck beispielsweise, könnte dies bereits zur Anwendung kommen.

Danach müsste im Außenbereich vor der Schaffung des Planungsrechts ein für Havixbeck (Münster mind. 50%) zu definierender Anteil des Baulandes im Rahmen des kommunalen Zwischenerwerbs an die Gemeinde veräußert werden. Gleichzeitig sollte sich die Gemeinde auf sozialverträgliche und gemeinwohlorientierte Richtlinien für die Vergabe von Einfamilienhausgrundstücken verpflichten.

In der Mehrfamilienhausbebauung sollte ein prozentualer Zielwert der entstehenden Nettowohnfläche als geförderter Wohnraum für Havixbeck definiert werden (Münster 60%).

Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums geleistet. Als Vorsitzender des Ausschusses für Stadtplanen, Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr der Stadt Münster war ich mit der Anwendung entsprechender Vorgaben regelmäßig befasst.

4. Wie bewerten die die bisherige Praxis des Verkaufs von Gemeindegrundstücken an die Meistbietenden?

Diese Praxis führt zu steigenden Bau- und Mietpreisen in der Gemeinde und verhindert eine Ortsteil- oder Quartiersentwicklung, die den Bedarfen einer sich wandelnden Gesellschaft gerecht wird.

Auch hier möchte ich mich auf meine Erfahrungen mit den von mir mitbeschlossenen Grundsätzen für die Vergabe kommunaler Grundstücke berufen. Mit der sogenannten Konzeptvergabe soll ein preisdämpfender Effekt am Grundstücks- und Wohnungsmarkt erreicht werden. Danach zählt nicht mehr der Preis allein, sondern die Vergabe erfolgt nach einer definierten Gewichtung von ermitteltem Verkehrswert des Grundstücks und der Qualität verschiedener Indikatoren eines Gesamtkonzepts. Indikatoren für die Vergabe von Mehrfamiliengrundstücken können beispielsweise sein:

- Soziale Innovationen: Bewohner- und Nutzerstruktur, Wohnungsmix, Anteil preiswerten Wohnraums, Stärkung sozialer Strukturen im Viertel
- Räumliche Innovationen: Gebäudetypologie, Nutzungsmischungen auf Gebäudeebene, Gemeinschaftsnutzen, Sharing Angebote, Flexibilität/Anpassungsfähigkeit / Veränderungsmöglichkeiten für spätere Nutzungen
- Technische Innovationen: Materialwahl, Ressourceneinsatz, Gebäudetechnik, Passive Systeme, Energieeinsparung, Energieversorgung, Regenerative Energie, Mobilitätskonzept mit Carsharing, E-Mobilität, gemeinschaftlichen Lastenrädern

Für Einfamilienhausgrundstücke sind aus meiner Sicht für die verschiedene Bewerbergruppen (orientiert an § 13 Abs 1. des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum in NRW) ebenfalls Vergabekriterien festzulegen. Diese können beispielsweise umfassen:

- Kinderanzahl,
- Gesundheitliche Beeinträchtigung und

- Lebenssituation: Arbeitsplatz in Havixbeck, Elternzeiten, Freiwilligen Tätigkeiten in anerkannten Organisation in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Sport, Kirche, Politik oder Hilfs-/Rettungsdienste

Solche Kriterien, die vom Rat festzulegen sind, können nach einem Punktesystem zu einer Kaufpreisreduzierung führen und stellen einen nachhaltigeren Weg gegenüber dem Ansatz des reinen Kaufpreises dar.

5. Werden Sie gegen die zunehmende Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge (Trinkwasser Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Autobahnen, etc.) grundsätzlich ankämpfen? (→ s. auch Frage 1)

Die Privatisierung oder Übertragung auf Dritte von kommunaler Infrastruktur ist grundsätzlich ein umstrittenes Thema. Egal ob Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Müllabfuhr oder Straßenbeleuchtung, es geht um kommunale Daseinsvorsorge. Mit der Privatisierung wird eine Kommerzialisierung verbunden. Dies schürt Ängste und Sorgen bei Bürgerinnen und Bürgern vor steigenden Gebühren. Schwierig wird es jedoch immer dann, wenn ein Sanierungsstau entstanden ist, der die Gemeinde vor große investive Herausforderungen stellt oder kurzfristige Einnahme für den Gemeindehaushalt zu erzielen sind.

Grundsätzlich sehe ich die Privatisierung kommunaler Infrastruktur kritisch und habe mich in der Vergangenheit, z.B. bei den Privatisierungsversuchen der Stadtwerke Münster, dagegen ausgesprochen, weil sie oft zu kurz gedacht sind. Viele Erfahrungen anderer Kommunen zeigen auch, dass dies nur in seltenen Fällen zu realen Kosteneinsparungen führt. Sollte sich jedoch nachweislich herausstellen, dass eine Privatisierung auch langfristig nur Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger mit sich bringt, würde ich das Thema im Rahmen einer Bürgerbefragung (s.u.) zur breiten Diskussion öffnen.

6. Was werden Sie für den Ausbau und die Stärkung der Bürgerbeteiligung bei kommunalen Entscheidungen tun?

Viel, denn es wird ein Schwerpunkt meiner Arbeit als Bürgermeister werden. In Zeiten von Populismus, freier Fakteninterpretation und immer höherer Informationsverdichtung ist dies eine wichtige Aufgabe für Verwaltung und Politik und dient dem Erhalt und der Stärkung unserer Demokratie. Die klassische Methode, Bürgerinnen und Bürger zu informieren und dann einsame Entscheidungen zu treffen, geht an den Beteiligungsbedürfnissen der Menschen vorbei. Zu oft habe ich erlebt, dass Bürgerbeteiligungen - gerade bei den großen Parteien - Lippenbekenntnissen gleichen.

Nach dem Vorbild einer Bürgerkommune werde ich eine direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in die Vorbereitung und Umsetzung politischer Entscheidungen einbinden. Hierfür werde ich die vielfältige professionelle Fachexpertise der Bürgerschaft zum Wohle des Ortes zu nutzen. Gemeinsam mit dem Fachpersonal der Verwaltung können somit bessere Entscheidungen erarbeitet werden.

Am Ende müssen die wichtigen kommunalen Entscheidungen zwar im Gemeinderat getroffen werden. Die jeweilige Entscheidungsgrundlage dafür, die häufig durch die Verwaltung auszuarbeiten ist, muss jedoch transparent und nachvollziehbar sein und darf nicht in den Hinterzimmern der Politik vorentschieden sein. Das Beispiel Sandsteinmuseum ist ein warnendes Beispiel dafür, wie auch örtlich verankerte Politik an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger vorbei regieren kann.

Gleichzeitig muss jedoch auch das Alltagsgeschäft der Verwaltung, welches ohne politische Beschlüsse zustande kommt, diesen Maßstäben gerecht werden. Das bedeutet, dass eine moderne und bürgernahe Verwaltung auch in der Lage sein muss, Entscheidungen im Dialog zu fällen, zu überdenken und bei Bedarf zu revidieren. Das bedeutet, Bürgerinnen und Bürger zu Beteiligten zu machen und so die Akzeptanz oder sogar Zustimmung und Mitarbeit zu optimieren.

Konkret bedeutet dies für mich, dass ich als Bürgermeister Verfahren einführen werde, mit denen ich auch große Zielgruppen konstruktiv in Diskussionen und Entscheidungen einbinden kann. Zwar hat Bürgerbeteiligung ihre Grenzen, aber bislang wurde das Beteiligungspotenzial in Havixbeck noch lange nicht ausgeschöpft. Proaktiv und ohne Scheuklappen werde ich auf die Menschen und Gruppen im Ort zugehen und so kommunale Entscheidungsprozesse ein ganzes Stück zu kooperativen Prozessen mit den Bürgerinnen und Bürgern machen. Beispielsweise sollte schon eine einfache baustellenbedingte Verkehrsumleitung nicht einfach verordnet werden, sondern im Vorfeld mit den unterschiedlich Betroffenen und Akteuren abgestimmt werden. Da es dabei auch immer wieder zu konkurrierenden Interessenslagen kommt, ist mir die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsgründen kommunalen Handelns wichtig. Meine kommunalpolitische Erfahrung zeigt mir aber wieder immer, dass in den allermeisten Fällen ein gemeinsamer Konsens erreicht werden kann, wenn die Kommunikationsprozesse rechtzeitig und richtig aufgesetzt werden.

Ich werde daher das gesamte Repertoire der Instrumente zur Teilhabe und Beteiligung ausschöpfen. Allerdings werde ich nicht darauf warten, dass die Menschen zu mir in die Bürgerinnensprechstunde kommen, sondern das Rathaus auch persönlich auf der Straße vertreten, beispielsweise durch regelmäßige oder maßnahmenbedingte Informationsstände der Gemeinde an Markttagen.

Gleichzeitig werde ich neben den direkten und persönlichen Beteiligungsangeboten auch neue medial inszenierte Wege beschreiten und den Weg der niedrigschwelligen Onlinebeteiligung und von Online-Bürgerumfragen schaffen (E-Partizipation). Die Corona-Krise hat dazu geführt, dass Online-Angebote für immer mehr Menschen eine zusätzliche Möglichkeit der Beteiligung darstellen.

7. Sehen Sie Chancen für die Verbesserung der Infrastruktur des Öffentlichen-Personen-Nahverkehrs?

Ich sehe eine dringende Notwendigkeit und ein enormes Potenzial für die ÖPNV-Verbesserung in und um Havixbeck herum, sowohl in der Infra- als auch der Tarifstruktur. Der PKW ist für die meisten Menschen im ländlichen Raum mangels tragfähiger Alternativen noch immer das wichtigste Verkehrsmittel. Diese Alternativlosigkeit haben Teile der Politik zu verantworten.

Die von den Münsterlandkreisen und der Stadt Münster beschlossene Einführung einer Münsterland-S-Bahn stellt zwar im Schienenverkehr eine begrüßenswerte Verbesserung dar, deren Realisierung aber zu lange dauert und der Nutzen für viele Pendlerinnen und Pendler beschränkt bleiben wird. Wer beispielsweise im Bereich Flothfeld wohnt und in den Westen Münsters an die Uni oder Uniklinken pendelt, wird kaum erst zum Bahnhof fahren, dann mit dem Zug zum Hbf Münster und dann wieder gen Westen mit dem Bus.

Daher wäre eine Möglichkeit einige Stadtbuslinien nicht an der Stadtgrenze in einer Buschleife enden zu lassen, sondern bis Hohenholte und Havixbeck weiterfahren zu lassen. Damit könnte eine deutlich verbesserte Taktung als auch eine höhere räumliche Dichte für den ÖPNV erreicht werden. Hier sehe ich die Stadtregion als Ganzes in der Pflicht, denn davon würden nicht nur die Havixbecker profitieren, sondern auch die Stadt Münster mit den vielen Pendlerströmen. Gleichermaßen besteht in der Stadtregion und dem Münsterland ein Problem darin, dass viele ÖPNV-Linien als Radialverbindungen auf das Oberzentrum Münster ausgerichtet wurden, die tangentialen Verbindungen, also die Verbindungen der Gemeinden untereinander, aber vernachlässigt wurden.

Havixbeck sollte das noch in diesem Jahr startende Modellprojekt „Hiltrup on demand“ für eine Übertragbarkeit auf Havixbeck prüfen lassen. Eine entsprechende Kooperationsbereitschaft der Stadt Münster ist mir bereits zugesagt worden.

Ich halte eine Verkehrswende bzw. die mobilitätsverursachte Reduzierung des CO²-Ausstoßes für unverzichtbar. Allerdings kann eine solche Änderung im Mobilitätsverhalten nur auf Akzeptanz stoßen, wenn den Menschen attraktive Alternativen geboten werden. Der ÖPNV-Ausbau ist hierfür ein wichtiger Baustein.

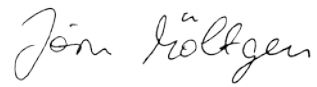
8. Sollen Ihrer Ansicht nach öffentliche Aufträge und staatliche Fördergelder nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden?

Ja, diese Form der Tariftreue ist für mich eine sozialpolitische Grundhaltung und stärkt die immer weiter sinkende Tarifbindung und wirkt Lohndumping entgegen. Ein „faires Havixbeck“ sollte dies branchenunabhängig und konsequent verfolgen. Grundsätzlich gilt für Havixbeck das Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes NRW. Das reicht jedoch nicht in allen Fällen aus. Beispielsweise besteht eine große Herausforderung in der Kontrolle der entsprechenden Eigenerklärungen von Unternehmen, insbesondere dann, wenn es Lieferantketten oder Unterauftragnehmer gibt.

Für Rückfragen zu meinen Antworten oder für vertiefende Gespräche stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in black ink that reads "Jörn Möltgen". The script is cursive and fluid, with a small accent mark over the 'ö' in "Möltgen".

(Jörn Möltgen)